

## **Rede zur Einbringung des Haushalts 2007 der Stadt Waiblingen am Donnerstag, 19. Oktober 2006**

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
verehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für mich ist es das erste Mal in meiner Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Waiblingen, dass ich Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vorlegen darf. Ich freue mich darüber und sehe den anstehenden Haushaltsplanberatungen mit Interesse und Aufgeschlossenheit entgegen. Ich bin überzeugt, dass uns der Wille eint, das Beste für die Stadt Waiblingen und ihre Bürgerschaft zu erreichen.

Die Veranschlagung von Mitteln stellt eine Prioritätenbildung der Kommunalpolitik dar. Im Haushaltsplan werden die Handlungsfelder der Kommunalpolitik des nächsten und auch der folgenden Jahre durch die Bereitstellung von Mitteln festgelegt. Gleichzeitig wird durch die Höhe der bereitgestellten Mittel bestimmt, in welchem Umfang und in welcher Qualität die anstehenden Aufgaben bewältigt werden.

Zu einer Haushaltsrede gehört es dazu, den Blick über den kommunalen Tellerrand in die Region, das Land und in den Bund zu werfen. Erstaunlicherweise ist die kommunale Betroffenheit, was die Bundespolitik angeht nicht so stark wie oftmals in den Vorjahren. Die Reformgesetzgebungen, insbesondere im Bereich der Hartz'schen Gesetze und auch die Impulse über das Tagesbetreuungs-ausbau-Gesetz und die Ganztageseschulförderung sind mittlerweile im Tagesgeschäft verarbeitet worden.

Bei aller Skepsis der kommunalen Ebene vor dem Einmischen des Bundes in die kommunalen Strukturen der Kinderbetreuung und des Schulwesens ist zu konstatieren, dass sowohl das Ganztages-Schulprogramm als auch das Tagesbetreuungs-ausbau-Gesetz wichtige Impulse zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit in Kommunen und im ganzen Land gaben.

Die Diskussionen über die Bedeutung der Familie und die Möglichkeit der Berufstätigkeit von Eltern haben dadurch wertvolle Impulse erfahren, die uns im Umbau der Gesellschaft vorangebracht haben.

Wir sind sicherlich noch weit davon entfernt, einen so hohen Versorgungsgrad wie in den neuen Bundesländern zu haben oder zu Rahmenbedingungen wie in Frankreich zu kommen. Es stellt sich auch die Frage, ob diese eins zu eins zu übernehmen sind.

Aber die Forderung an uns Kommunen und an diejenigen, welche die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu entscheiden haben, also an Gemeinderäte, Bürgermeister und Oberbürgermeister, haben dazu geführt, dass wir auch in Waiblingen gute Strukturen im Bereich der Kinderfreundlichkeit haben, die es in den kommenden Jahr auszubauen gilt. Ich komme später nochmals darauf zurück.

Daher kann heute im Hinblick auf die Abhängigkeit des kommunalen Haushalts von Bundesentscheidungen eine gewisse Gelassenheit an den Tag gelegt werden, wobei über dem gesamten Haushalt der Stadt steht, dass die Veranschlagung der Mittel vor dem Hintergrund eines bescheidenen Wachstums der Wirtschaft und einer guten Konjunktur vorgenommen wurde. Sollten

sich diese Annahmen nicht bewahrheiten, stünden zahlreiche Veranschlagungen zur Disposition und müssten zum Teil deutlich nach unten korrigiert werden.

Sie mögen aus der Veranschlagung der Mittel erkennen, dass wir in die Arbeit der Großen Koalition Vertrauen investieren, die notwendigen Reformmaßnahmen, vielleicht etwas zielgerichteter als bei der Gesundheitsreform gelungen, umzusetzen, damit die Bundesrepublik Deutschland und damit auch die Stadt Waiblingen ein Investitionsland und ein Land bleibt, in dem die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen durch ein funktionierendes soziales System bei gleichzeitig beherrschbaren Lohn- und Lohnnebenkosten vorfindet.

Auch beim Blick ins Land kann festgestellt werden, dass die Landesgesetzgebung derzeit wenige – besser ist die Formulierung – nicht mehr Begehrlichkeiten als sonst für kommunale Mittel entwickelt hat. Natürlich gilt es, über einzelne Positionen mit dem Land zu verhandeln, die sich vor allem über Umwege im kommunalen Haushalt niederschlagen.

Ich denke hier vor allem an die Verbandsumlage und die Vermögensumlage des Verbands Region Stuttgart und die Verkehrslastenumlage, durch die wichtige Maßnahmen beeinflusst werden, an denen sich die Kommunen beteiligen, und die eigentlich Ländersache sind.

Konkret geht es mir um die vom Land einseitig gekürzten Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr. Es ist zu hoffen, dass sich das Land aus dem ÖPNV nicht noch stärker zurückzieht. Nur ein starker ÖPNV ist der Garant für eine starke Wirtschaftsregion Stuttgart, damit S- und U-Bahnen sowie auch die Buszubringersysteme künftig neben den zum Teil deutlich überlasteten Straßen die Gewähr dafür bieten, dass Menschen ihren Arbeitsplatz erreichen.

In diesem Zusammenhang sei ein Wort zu Stuttgart 21 gestattet. Die Kommunen haben sich bereits früher bereiterklärt, an den Gesamtkosten von Stuttgart 21 einen Anteil von 70 Millionen Euro zu leisten. Dieser Anteil soll nun nach Vorstellung des Verbands auf insgesamt 100 Millionen Euro erhöht werden. Als Mitglied der Verbandsversammlung stehe ich auch dazu.

Auf den ersten Blick könnte man die Frage stellen, wozu sich Kommunen überhaupt an derartigen Schienenverbindungen und Bahnhofsbauwerken beteiligen. Bei genauerer Betrachtung muss aber konstatiert werden, dass auch Waiblingen mit seinen Ortschaften maßgeblich davon profitiert, dass auch künftig über den Stuttgarter Hauptbahnhof und das gut ausgebaute S-Bahn- und Regionalzug-System Menschen den Weg nach Waiblingen und wieder nach Hause finden.

Die Wirtschaft boomt dort, wo sie gute Rahmenbedingungen, vor allem gute Verkehrsanbindungen, findet. Dazu gehört heute und wird mit Sicherheit auch in Zukunft der Schienenverkehr gehören. Es muss daher auch unser Interesse sein, dass Stuttgart 21 als zukunftsorientierte Bahnhofslösung mit einem problemlosen Umstieg auf die S-Bahnen und damit dem Anschluss auch von Waiblingen an die Ost-West-Magistrale Paris – Budapest erhalten bleibt. Dazu gehört auch die viel schnellere Erreichbarkeit des Flughafens.

Ich darf mir erlauben, die einzige Folie in meinem Vortrag zu zeigen. Der gestern veröffentlichte Unterstützer- und Bekenntnisbericht von Alfred Biolek unterstreicht dies eindrucksvoll.

Wenn man bei den Umlagen ist, den Weg über Bund, Land und Region fortsetzt, kommt man unweigerlich zum Kreis. Die im Haushaltsplanentwurf 2007 veranschlagte Kreisumlage bewegt sich auf einem Umlagehebesatz von 40,95 %. Dies entspricht dem derzeit gültigen Hebesatz, der

lediglich zur Veranschlagung und zur Kalkulation benutzt wurde. Damit verbunden ist aber nicht, dass die Stadt Waiblingen schon einverstanden ist.

Ich appelliere an alle Mitglieder des Kreistags, angesichts der höheren Kreisumlage in Summe, die der Kreis bei unverändertem Hebesatz erhalte - insgesamt 6 Millionen Euro - beim Kreis darauf hinzuwirken, dass die kommunalen Interessen gesehen und berücksichtigt werden. In den Vorbereitungsgesprächen zur Aufstellung des Kreishaushalts hat Herr Landrat Fuchs den Vorschlag unterbreitet, den Kreisumlagehebesatz so zu gestalten, dass die Mehreinnahmen aufgrund der höheren Steuerkraft zur Hälfte bei den Kommunen verbleiben und zur anderen Hälfte an den Kreis gehen.

Dies würde einem Kreisumlagehebesatz von 40 % entsprechen. Nach meinem Empfinden und beim Blick in die Region sollte allerdings auch aus symbolischen und psychologischen Gründen die Kreisumlage mit einer Drei beginnen. Daher kann ich mir eher vorstellen, dass die Mehreinnahmen im Verhältnis eins zu zwei, ein Drittel für den Kreis und zwei Drittel für die Kommunen aufgeteilt werden, was immerhin zu einem Verbleiben von rund 2 Millionen Euro Mehreinnahmen beim Kreis führen würde.

Dies wäre ein Zeichen der Solidarität von uns Kommunen, würde aber gleichzeitig dazu beitragen, die in den Kommunen anstehenden Projekte, die schließlich auch zur Verbesserung der Lebenssituation im gesamten Landkreis dienen, zügiger umsetzen zu können. Es wäre schön, wenn erreicht werden könnte, dass die Kreisumlage sich bei einem Hebesatz um die 39,7 % einpendelt.

An der Veranschlagung der Kreisumlage **überhaupt** soll auch erkannt werden, dass die Kreisstadt trotz aller Aufgaben- und Hierarchienkritik die Solidarität mit dem Landkreis zeigt und den Landkreis im Gegensatz zu anderen kreisangehörigen Gemeinden noch nicht gänzlich aufgegeben hat.

Nicht verhehlen will ich allerdings, dass die Stadt Waiblingen angesichts der Tatsache, dass sie vom Gesamtaufkommen der Kreisumlage rund 18 % - also fast ein Fünftel - leistet, ein besonderes Gehör im Landkreis verdient. Bei einem Vergleich der Kreisumlagesummen und der Kreisumlageanteile ist festzustellen, dass alle anderen 30 Kommunen des Landkreises in etwa genau den Anteil am Gesamtaufkommen leisten, der ihrem Anteil an der Kreisbevölkerung entspricht.

Als Beispiel: Fellbach leistet mit 13,9 Millionen Euro rund 10,5 % der Kreisumlagesumme. Die 43.000 Einwohner von Fellbach entsprechen auch wiederum 10,5 % der Kreisbevölkerung. Waiblingen stellt bei 52.500 Einwohnern rund 12,6 % der Kreisbevölkerung, leistet aber etwa 18 % am Gesamtaufkommen der Kreisumlage.

Dieses Verhältnis möge Beleg dafür sein, dass Waiblingen einen besonderen Anspruch darauf hat, dass alle Entscheidungen und alle Handlungen des Kreistags und der Kreisverwaltung unter der Maßgabe optimaler Wirtschaftlichkeit und maximalem Mehrwert getroffen werden. Ich sage dies auch ganz bewusst an dieser Stelle vor dem Hintergrund der in den nächsten Monaten und Jahren beginnenden konkreten Planungen zur Umsetzung des Krankenhausbeschlusses.

Gestatten Sie mir, dass ich meine persönliche Haltung in dieser Frage an dieser Stelle kurz erläutere. Generell bedaure ich zutiefst, dass die aktuelle Beschlussfassung im Kreistag mit dem

Verlust des Kreiskrankenhauses in Waiblingen verbunden ist. Ein Kreiskrankenhaus auf der eigenen Gemarkung zu haben, ist für die Kreishauptstadt nach meinem Empfinden zwingend.

Gleichzeitig respektiere ich die Beschlussfassung und die zuvor stattgefundene intensive Diskussion, soweit sie auf sachlicher Basis geführt wurde.

Nach der Lektüre der Krankenhausgutachten des Landkreises, sofern sie mir als öffentliche Gutachten zugänglich waren, muss ich feststellen, dass der Kreistag die wirtschaftlich optimalste Lösung anstrebt und im Vertrauen auf die Prognosen und Abschätzungen der vorliegenden Gutachten beraten und beschlossen hat.

Ich möchte nun auch nicht den Streit darüber weiter anfachen, ob die Krankenhausgutachten des Landkreises bestellte Gutachten waren oder nicht. Auch ich würde es mir für kommunale Gutachten verbitten, eine Diskussion auf diesem Niveau zu führen, außer es wären eklatante Fehlannahmen und Fehlinterpretation erkennbar, die die Seriosität der Gutachter in Zweifel ziehen würden.

Eine solche Annahme könnte nach meinem Empfinden bei den vorliegenden Gutachten nur im Hinblick auf die Patientenströme vorliegen. Hier wäre mein Appell an den Landrat und den Kreistag, nicht die Augen vor Erfahrungen in anderen Kreisen zu schließen, in denen Krankenhausstandort-Entscheidungen bereits vollzogen wurden.

Oftmals haben sich die Patienten leider nicht nach den Gutachtern gerichtet, sondern sind Emotionen und Imagegründen folgend auf andere Krankenhausstandorte ausgewichen, und es wäre daher nochmals genau zu überprüfen, ob sich angesichts der unterstellten Patientenströme aus Waiblingen und aus dem Murratal, die, sofern die Behandlung im Krankenhaus planbar ist, eventuell nicht in dieser Größe eintreten, eine Änderung der angenommenen Wirtschaftlichkeit ergibt.

Ansonsten gilt für meine persönliche Haltung, und hierbei respektiere ich die Beschlüsse des Kreistags aus dem Jahre 2005, dass jede Maßnahme zur Entlastung des Kreishaushalts und damit zur Reduktion der Kreisumlage getroffen werden muss, sei sie auch für die eine oder andere Kommune schmerzlich. Ich verlasse mich darauf, dass die Zusage des Landrats und des Kreistags eingehalten wird, dass sich das neue zentrale Kreiskrankenhaus in Winnenden sozusagen aus der Reduktion der Betriebskosten im Laufe der Zeit selbst finanziert - im Gegensatz zum Erhalt der Standorte Backnang und Waiblingen.

Nur unter dieser Maßgabe und der im Brief des Landrats vom 25. April 2003 an die Mitglieder des Kreistags zugesagten 12 Millionen Euro Betriebskosteneinsparung pro Jahr, kann dieser Verlust für Waiblingen akzeptiert werden. Und an dieser Aussage ist der Landrat und der Beschluss des Kreistags zu messen.

Dabei will ich nicht verhehlen, dass ich eine aktive Mitwirkung des Landrats und des Landkreises bei der Bepanung des heutigen Krankenhausareals in Waiblingen erwarte. Es kann nicht sein, dass nur der maximale Grunderlös für den Kreis ohne Rücksicht auf kommunale Planungen und kommunale Chancen, die sich aus der Freimachung dieses innenstadtnahen Gebiets ergeben, gesehen wird. Wir brauchen keine Almosen, aber einen gerechten Interessensausgleich.

Erlauben Sie mir, vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit auch noch ein Wort zur gerade geführten Diskussion über den Kooperations- bzw. Betriebsführungsvertrag. Es ist für mich als O-

berbürgermeister, dem Steuergelder anvertraut sind, eine Selbstverständlichkeit, dass ich an den Umgang mit diesem fremden Geld noch höhere Maßstäbe anlege als im Umgang mit eigenem Geld – und diese Maßstäbe sind schon sehr hoch.

Daher sind heute, sofort, bereits vor der Umsetzung der Krankenhausentscheidung und vor der Zusammenlegung der Standorte alle Maßnahmen im Kreis zu treffen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation versprechen. Ich wundere mich daher, dass bei der Chance von Neuausschreibungen und bei dadurch möglichen besseren Konditionen, diese Möglichkeiten nicht ausgeschöpft werden.

Gerade in einem höchst defizitären Betrieb, der unsere Kreisumlage mit rund 2,7 Prozentpunkten belastet, erwarte ich, dass unter Zurückstellung von persönlichen Betroffenheiten alle Möglichkeiten und Chancen genutzt werden, den Betrieb des Krankenhauses ab dem Jahre 2008 ff. wirtschaftlich zu verbessern und Kostenvorteile durch Ausschreibungen realisiert werden. Dabei will ich es bewenden lassen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu ausgewählten Positionen des Haushaltentwurfs 2007 und zu den Grundzügen der Schwerpunktbildung des kommunalen Handelns kommen.

In der Sitzung des Gemeinderats am 29. Juni 2006 wurde in großer Einmütigkeit der Stadtentwicklungsplan STEP beschlossen. Alle Fraktionen, Frau Baubürgermeisterin Priebe, die in Vorjahren das Stadtentwicklungsprogramm mit großem Engagement, herausragender Kompetenz und mit Bravour auf den Weg brachte, und auch ich haben betont, dass wir im Stadtentwicklungsprogramm die Grundzüge des kommunalen Handelns sehen und in den dort genannten Schlüsselprojekten und Maßnahmen die anstehenden Handlungsschwerpunkte des kommunalen Tuns festgeschrieben haben.

Für mich ist der STEP ein Grundkonsens in der Stadtpolitik. Dort ist definiert, in welche Richtung sich Waiblingen entwickeln soll. Die Handlungsfelder Städtebau und Verkehr, Landschaft, Freizeit, Tourismus, Umwelt, Kultur, Bildung, Soziales, Sport und Arbeiten, Wirtschaft, Einzelhandel umfassen das kommunale Geschehen. Mit der Festlegung von Maßnahmen und Schlüsselprojekten soll die Zukunftsfähigkeit der Stadt Waiblingen erhalten, gesichert und verbessert werden.

Mit der anstehenden Verabschiedung der Ortsentwicklungspläne in den Ortschaften ist ein weiterer Meilenstein in greifbare Nähe gerückt. Allerdings ist ein Ortsentwicklungsplan für mich noch kein Schlüsselprojekt als solches, sondern der Ortsentwicklungsplan löst wiederum Handlungen und Maßnahmen in den Ortschaften aus, die zur Sicherung der Lebensqualität und der Standortvorteile der jeweiligen Ortschaft dienen.

Als polyzentrische Stadt müssen wir ein Augenmerk darauf haben, die anstehenden Programme und Maßnahmen auch für die Ortschaften und ich meine auch sagen zu können, für die Stadtteile Waiblingen-Süd und die Korber Höhe als Teilräume zu berücksichtigen. Mit dem Grundsatzbeschluss zur dezentralen Versorgung der Ortschaften mit Senioreneinrichtungen und mit dem grünen Licht zur Weiterentwicklung der Begegnungsstätte Blumenstraße zu einem Forum-Mitte sind die Weichen für die bürgerschaftliche Einbeziehung und die soziale Struktur in der Kernstadt, in den Stadtteilen und in den Ortschaften gestellt.

Dadurch ist gewährleistet, dass sich die Kommunalpolitik auf den demographischen Wandel einstellt. Gleichzeitig finden Sie im Haushalt 2007 und damit korrespondierend mit den Maßnahmen C 1, C 2 und C 5 im Haushalt die notwendigen Mittel veranschlagt, um Waiblingen als kinderfreundliche Stadt weiter optimal zu positionieren.

Das Waiblinger Modell zeigt erste Erfolge. Die gute Arbeit von Herrn Erstem Bürgermeister Staab und die gelungene Einbeziehung der Eltern, Erzieherinnen und Erzieher sowie der anderen Träger macht es möglich, für Kinder zwischen drei und sechs Jahren und künftig auch jünger optimale Betreuungs- und Bildungsangebote zu machen.

Die vorgesehenen Steigerungen im Personalhaushalt resultieren, sofern es sich um Steigerungen durch neue Stellen handelt, aus Personalverbesserungen in unseren Kindertagesstätten und an den Schulen.

Um es mit Zahlen deutlich zu machen. Im Haushaltsplanentwurf ist eine Steigerung von 450.000 Euro für 11 neue Stellen enthalten. 8 Stellen davon sind als zusätzliches pädagogisches Personal in unseren Kindertagesstätten und im Hort vorgesehen. Weitere 2 Stellen dienen dazu, die Ganztagesbetreuung am Staufer-Schulzentrum und an der Friedensschule Neustadt einzuführen und eine Stelle stammt aus der Personalumschichtung der Begegnungsstätte Blumenstraße, wobei die Stadt bisher schon die Personalkosten trug.

Die sonstigen Erhöhungen im Bereich des Personalhaushalts sind von der Stadt Waiblingen nicht zu beeinflussen, da sie aus einer erhöhten Versorgungsumlage und aus Tarifsteigerungen resultieren.

Lassen Sie mich gleich zu den Schulen kommen. Die Schulen sind in einem Atemzug mit den Kindertagesstätten zu nennen, wenn es um die Kinderfreundlichkeit von Kommunen geht. Die Zeiten sind vorbei, als die Schule nur als Bildungseinrichtung gesehen wurde. Der stattgefundene Paradigmenwechsel bringt sowohl die Lehrerinnen und Lehrer, als auch die Eltern und den Schulträger in eine neue Rolle.

Wir müssen uns verstärkt um Inhalte an Schulen kümmern. Natürlich auch an unseren Kindertagesstätten. Der Erziehungsauftrag neben dem Bildungsauftrag ist vor allem ein kommunaler Auftrag, der uns zwingt, mit eigenen pädagogischen Ansprüchen die Qualität der Betreuung an Kindertagesstätten und an Schulen zu sichern.

Keine Sorge, es ist nicht meine Absicht, die Qualität eines Mathematik-, Deutsch- oder Fremdsprachenunterrichts an unseren Schulen zu kritisieren oder mich dort einzumischen. Allerdings ist die Schule von einem Lern- zu einem Lebensort geworden, der sich nicht nur am Vormittag, sondern als Angebot an die Schülerinnen und Schüler von 7.30 bis 17.00 Uhr darstellt.

Der Einstieg in die Ganztagesbetreuung ist gemacht. Ein Schwerpunkt unserer Bemühungen wird sein, in den kommenden Monaten Grundsätze und Leitlinien für die Einbeziehung des Ehrenamts, von Unternehmen und auch der ansässigen Institutionen, ich denke hierbei an die Kunstschule, die Musikschule, die Volkshochschule und die Familienbildungsstätte sowie an viele andere, zu erarbeiten, um flächendeckend verlässliche Angebote machen zu können.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ganztagesbetreuung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, der sich das Land, die Kommunen und die Eltern gemeinsam stellen müssen. Ich denke

hierbei auch an die Frage der Finanzierung, wobei oberstes Gebot sein muss, dass Gebühren zu keinem Ausschluss von Schülerinnen und Schülern führen dürfen.

Der Ausbau der Ganztagesbetreuung an unseren Schulen ist vor allem ein Investitionsschwerpunkt im Haushalt, der den Vermögenshaushalt 2007 nachhaltig prägt. Die Verlagerung der Karolinger Grundschule, der Ausbau der Ganztagesbetreuung an der Karolinger Hauptschule, der Realschule Neustadt, die Verbesserung der Raumsituation an der Burgschule Hegnach, an der Schillerschule Bittenfeld, an der Staufer-Realschule und am Staufer-Gymnasium sind Investitionen, die zwingend notwendig und wichtig sind.

Der bisher eingeschlagene Weg wird durch die Veranschlagung der notwendigen Mittel im Haushaltsplan 2007 konsequent fortgesetzt. Dem Anspruch, kinderfreundlichste Stadt im Rems-Murr-Kreis zu sein, werden wir dadurch sicher gerecht. Dies zeigen auch Anfragen von Eltern aus dem Umland, auch aus Großen Kreisstädten, zur Unterbringung ihrer Kinder in Waiblinger Kindertagesstätten und Schulen.

Zur Ganztagesbetreuung gehört für mich auch ein Sport- und Kulturangebot mit dazu. Der auf den Weg gebrachte Sportleitplan hat im Bereich „Kinder unsere Zukunft“ gute Ergebnisse gebracht. Durch die Fortsetzung im Bereich Jugend- und Leistungssport im Herbst diesen und Frühjahr nächsten Jahres werden die Ergebnisse vervollständigt und das Bild abgerundet.

In diesem Zusammenhang werden auch die Wünsche unserer Schulen zur Schaffung weiterer Sporthallen beurteilt werden können. Ich will betonen, dass ich kein Gegner von Sporthallen-Neubauten bin, sofern sie berechtigt und notwendig sind und genutzt werden. Ich meine allerdings, dass unsere flexible und mobile Gesellschaft auch einen Mobilitäts- und Flexibilitätsanspruch an Schülerinnen und Schüler sowie insbesondere auch an das Lehrpersonal stellt.

Sofern pädagogisch zumutbar und möglich sind gegebenenfalls auch Wege von der Schule zu Sporteinrichtungen zu akzeptieren. Dabei wird die anzustrebende Rhythmisierung des Unterrichts sowie die über den Tag verteilten Sport- und Bewegungszeiträume eine Perspektive bieten, die in der klassischen Stundenplangestaltung noch nicht gegeben war.

Dabei wird auch die Stadt ihren Beitrag dazu leisten, dass Sporthallen zu den Zeiten, an denen sie von den Schulen gebraucht werden, zur Verfügung stehen. Sicherlich muss dabei auch das berechtigte Bedürfnis der Vereine berücksichtigt werden, wobei diese auch im Rahmen der Ganztagesbetreuung neue Möglichkeiten und damit auch zeitliche Entzerrungen erfahren werden.

Beim Sporthallenneubau erlauben Sie mir bitte, dass ich auf die Karolinger Turnhalle zu sprechen komme. Durch die Aufteilung des Schulbezirks der Karolingerschule auf die Karolinger Grundschule – künftig - am Staufer-Zentrum und auf die Wolfgang-Zacher-Schule ist ein höherer Sporthallen-Bedarf an der Wolfgang-Zacher-Schule erkennbar. Um die notwendigen Vorplanungen und die rechtzeitige Schaffung von Räumlichkeiten zu ermöglichen, ist eine erste Planungsrate eingestellt, die im Jahr 2007 ermöglichen soll, bei bestätigtem Bedarf auch zügig an die Planung zu gehen.

Das Stichwort Karolingerschule bietet mir auch die Möglichkeit, auf eine aktuelle Diskussion einzugehen. Waiblingen soll eine kinderfreundliche Stadt und eine Bildungsstadt sein. Mit der Fami-

liehenbildungsstätte und der Volkshochschule haben wir zwei Einrichtungen am Ort, die uns helfen, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Wir sollten uns darüber freuen, dass wir zwei artverwandte, aber sich doch unterscheidende Bildungsträger vorfinden, die unterschiedliche Interessensschichten abdecken und gewährleisten, dass Menschen aus allen Schichten, mit allen Bildungsbedürfnislagen und mit allen Interessen ein breitgefächertes, fast keine Wünsche offen lassendes Bildungsangebot vorfinden.

Mit der Karolingerschule, die ab 2008 für eine Neunutzung zur Verfügung steht, hat die Stadt Waiblingen ein Gebäude, das es optimal zu nutzen und mit maximalem Mehrwert für die Stadt zu belegen gilt. Bei der Neubelegung der Karolingerschule darf es nicht darum gehen, nur die Frage zu stellen, welche Einrichtung wie viel Platz benötigt, damit sie dort unterkommt. Und es wird nicht so sein, dass die Einrichtung, die dort nicht hineinkommt „hinten runter fällt“. Ganz im Gegenteil.

Die Karolingerschule ist aufgrund ihrer zentralen Lage für die eine oder andere Einrichtung prädestinierter als andere Standorte. Dies auszuloten ist die Aufgabe der momentan arbeitenden Projektgruppen zur Verbesserung des Bildungsstandorts Waiblingen bezogen auf die Volkshochschule und die Familienbildungsstätte.

Die anstehenden Beratungen und Diskussionen sind unvoreingenommen, ohne Eifersüchteleien und vor allem unter dem Blickwinkel der Verbesserung des Bildungsangebots für die Menschen in unserer Stadt zu führen. Damit können wir uns einen Standortvorteil erarbeiten, den wir anderen voraus haben. Dass bei dieser Diskussion auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte nicht außen vorgelassen werden, darf ich Ihnen zusichern. Die Diskussion wird aber nicht durch Zahlen bestimmt werden.

Die letzte Aussage trifft genauso zu für die Bäderkommission. Im Haushaltsplanentwurf 2007 finden Sie keine veränderten Veranschlagungen gegenüber den Vorjahren, sondern eine Fortschreibung der Positionen, die eine Aufrechterhaltung des Badebetriebes in den Lehrschwimmbecken und Hallenbädern der Ortschaften, des Hallenbads in der Kernstadt und in den Freibädern gewährleisten.

Ich setze auf die Diskussionen in der Bäderkommission zur Erarbeitung eines Sport- Freizeit- und Erholungsbadkonzepts, das die Rolle der einzelnen Bäder und damit die Möglichkeiten der jeweils optimalen Betriebsform definiert. Darauf abgestellt können dann die entsprechenden Investitionen zur Instandhaltung, zum Umbau oder zum Ausbau getroffen werden.

Natürlich gehört in diesem Zusammenhang auch die Frage gestellt, welche Betriebsform die optimale Bewirtschaftung und Unterhaltung unserer Bäder gewährleistet. Dabei halte ich es nicht für unanständig, dass auch die Stadt im Interesse des sparsamen Umgangs mit Steuergeldern diejenigen Möglichkeiten ausschöpft, die auch jedem Privaten zustehen.

Dies natürlich auch unter dem Gesichtspunkt, dass unsere Stadtwerke nach wie vor einen günstigen Strom-, Gas- und Wassertarif für unsere Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitig sicherer und ökologisch vertretbarer Energieerzeugung gewährleisten. Auch im Haushaltsplanentwurf 2007 finden Sie im Übrigen die Fortsetzung der Investitionsrate zur Bereitstellung von Photovoltaikanlagen zur regenerativen Stromerzeugung bei den Stadtwerken. Auch diese Maßnahmen korrespondieren sämtlich mit Schlüsselprojekten unseres Stadtentwicklungsprogramms.



Noch ein Wort zur Kultur in unserer Stadt. Mit der Grundsteinlegung für die Galerie Stihl Waiblingen und unsere Kunstschule wurden Zeichen gesetzt. Nun gilt es, bis zur Eröffnung beider Einrichtungen die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein optimales Arbeiten ermöglichen. Gleichzeitig ist mit der Veranschlagung der notwendigen Investitionsmittel im Vermögenshaushalt für die parallel mögliche Sanierung der historischen Häckermühle die Chance ergriffen worden, zeitgleich zur Eröffnung auch das Museumscafé in Betrieb zu nehmen.

Der bei der Beratung des Galerie-Programms gemachte Aussage, dass das erste Betriebsjahr der Galerie das Entscheidende für die Zukunft dieser Einrichtung ist, kann ich nur voll und ganz zustimmen. Daher war es mir wichtig, Ihnen bereits im Mai dieses Jahres das Signal zu geben, das historische Häckermühle-Gebäude zeitgleich in Angriff zu nehmen, um optimale Startvoraussetzungen zu schaffen.

Ich hoffe, dass dieser kulturelle Schwung auch dazu beiträgt, die Wirtschaft und den Tourismus in unserer Stadt zu beflügeln. Die Ansiedlung von Übernachtungsmöglichkeiten und die Förderung des Tourismus, eine Maßnahme aus dem Stadtentwicklungsprogramm, D 5, sind Schwerpunkte im Jahr 2007, denen wir uns intensiv widmen werden. Dabei meine ich, dass wir uns auch Gedanken über die Ansiedlung eines Hotels im einfachen bis mittleren Segment in der Nähe der B 29 bzw. B 14 Gedanken machen müssen, um auf Waiblingen als Übernachtungsstandort auch für durchreisende Gäste aufmerksam zu machen.

Damit einhergehen müssen aber auch Planungen für einen mittel- bis oberklassigen Hotelstandort in der Kernstadt, der insbesondere der Sport- und Kulturachse von der Rundsporthalle, dem Hallenbad mit Sauna über das Bürgerzentrum, dem Stadtmuseum und der Galerie mit Kunstschule Impulse verleihen kann. Dabei darf der Grundsatz, dass ein Hotel in der Wüste nicht läuft, aber zwei, nicht außer Acht gelassen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie mögen aus meinen Ausführungen erkennen, dass das nächste und auch die folgenden Jahre genügend Stoff für Diskussionen und kommunale Entscheidungen bieten. Dabei habe ich noch gar nicht die Wünsche und Erwartungen aufgezählt, die genauso berechtigt sind und die zwischenzeitlich in großer Fülle an mich herangetragen worden sind.

Ich denke hierbei an den Wunsch der Musikschule, eine Verbesserung der räumlichen Situation zu erzielen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Comeniuschule in der heutigen Konstellation und Belegung keine Perspektive für eine Ganztagesbetreuung am Nachmittag bietet. Genau so zu erwähnen sind aber auch die Ausgaben für Verkehrsmaßnahmen, wie beispielsweise die Fortschreibung des Generalverkehrsplans, die Untersuchungen der Trassenführungen zum Anschluss der Neckarbrücke, sowie das derzeit laufende Planfeststellungsverfahren oder auch der berechtigte Wunsch zur Verbesserung der Ostanbindung der Ortschaften Hohenacker und Neustadt, die insbesondere auch für das dort ansässige Gewerbe eine wichtige Perspektive brächte.

Zu erwähnen wäre auch noch die Frage der Parkierung am Wasen, um die weggefallenen Parkplätze auf dem Häckermühlenparkplatz sowie die damit verbundene Schaffung von Parkplätzen für Besucher unserer Innenstadt oder die Neu- und Umgestaltung des städtebaulich und ökologisch wertvollen Areals Wasen oder die Umgestaltung der Badstraße, welche in ihrem jetzigen

Zustand insbesondere für das Unternehmen Stihl und alle Besucher, die über die Badstraße zu Stihl fahren, die Grenze der Zumutbarkeit überschreitet.

Ebenso müssen wir uns der Frage zuwenden, wie es mit der Rundsporthalle in den nächsten 10 Jahren weitergeht. Hierbei wird kurzfristig die Ernsthaftigkeit der Bekenntnisse zur interkommunalen Kooperation im Umland auf den Prüfstand der Realität kommen. Ist IKZ ein Lippenbekenntnis, das sich für flotte Pressemitteilungen eignet oder eine Methode zur wirtschaftlichen und sinnvollen Aufgabenteilung bei gleichzeitiger Erhöhung der Standortqualität aller beteiligten Kommunen.

Davon absehen möchte ich, auf die laufenden Maßnahmen zur Verbesserungen im Bereich der Feuerwehr, der Vereinsförderung, dem Ausbau der Infrastruktur an vielen Stellen einzugehen.

Um all dies zu finanzieren, wird es auch künftig darauf ankommen, dass der Verwaltungshaushalt einen angemessenen und spürbaren Betrag erwirtschaftet. Ich sage Ihnen zu, dass wir uns auf Dezernentenebene darüber einig sind und auch alle Maßnahmen mit ganzer Kraft unterstützen werden, die zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, zur Verringerung der Ausgaben und zu einer Erhöhung der Einnahmen führen werden.

Dazu soll auch die Verwaltungsstrukturreform dienen, die auf die kommunalen Handlungsfelder aus dem Stadtentwicklungskonzept ausgerichtet ist und gewährleisten wird, dass ohne organisatorisch ausgelöstes Mehrpersonal, sondern beim gleichen Personalstand Mehraufgaben und bestehende Aufgaben optimaler erfüllt werden können.

Der Ihnen vorgelegte Haushaltsplanentwurf umfasst ein Volumen von 168,418 Millionen Euro. Es teilt sich auf in etwa 33,4 Mio. Euro im Vermögens- und etwa 135 Millionen Euro - jeweils Einnahmen und Ausgaben - im Verwaltungshaushalt. Dabei ist als zentrale Stellgröße eine prognostizierte Gewerbesteuer von 48 Millionen Euro veranschlagt. Die Veranschlagung liegt mit 6 Millionen Euro über dem Planansatz von 2006, aber mit etwa 2 Millionen Euro unter dem erwarteten Ergebnis von 2006.

Bei genauerer Betrachtung der Gewerbesteuereinnahmen ist zu konstatieren, dass sich in den vergangenen Jahren der Anteil der Gewerbesteuer von den TOP 10 Unternehmen von 57,6 % auf rund 65,6 % am Gesamtaufkommen entwickelt hat. Dies ist ein Umstand, der uns sensibilisieren muss, die TOP 10 Unternehmen zu pflegen, aber gleichzeitig animieren muss, eine breitere Basis für die Gewerbesteuer durch weitere Ansiedlungen und Bestandspflege zu schaffen.

Sie mögen aus der Veranschlagung der aus heutiger Sicht zu erwartenden Einnahmen, was dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit entspricht, entnehmen, dass die Verwaltung ihre Zusage umsetzt, dem Gemeinderat die korrekt geschätzten Einnahmen und Ausgaben vorzulegen in der Hoffnung, dass anstehende Maßnahmen und Ausgaben trotzdem mit der notwendigen Bodenhaftung diskutiert werden und dies keine Verleitung zu weiteren Ausgaben sein soll.

Ganz im Gegenteil, die Veranschlagungen gehen an die Grenze - oder überschreiten diese sogar - der Leistungsfähigkeit der personell nicht üppig besetzten Stadtverwaltung. Die Diskussion von weiteren Maßnahmen kann nur unter der Maßgabe erfolgen, dass dann bereits veranschlagte Maßnahmen und deren Ausgaben gestrichen oder zeitlich verschoben werden.

Gleichzeitig bitte ich zu berücksichtigen, dass trotz guter wirtschaftlicher Situation das angestrebte Investitionsprogramm der Stadt Waiblingen nur durch die Aufnahme von Krediten aus heutiger Sicht möglich sein wird. Unsere derzeit höchst günstige Verschuldung in Höhe von 15 Millionen, das entspricht 285 Euro pro Einwohner, ist im Vergleich zu anderen Großen Kreisstädten unserer Größenordnung ein sehr guter Wert.

Dieser kann nur gehalten werden, wenn wir weiterhin strenge Maßstäbe an unser Tun, Handeln und Entscheiden legen. Dazu gehört auch, die notwendigen Einnahmen zu erwirtschaften und für Leistungen Gebühren im angemessenen Rahmen zu erheben. Dies sind wir auch unseren Kindern und kommenden Generationen schuldig, denen wir gegebenenfalls durch den Verzicht auf heute möglichen Einnahmen eine Finanzierungsbürde hinterlassen, für die wir kein Lob und keinen Dank bekommen würden. Daher werden wir auch weiterhin daran arbeiten, dass die Verschuldung nicht oder zumindest nicht im geplanten Umfang erhöht wird. Ich erbitte hierbei herzlich Ihre Mitwirkung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf nun Herrn Stadtkämmerer Hähnle bitten, seine Ausführungen zum Haushalt 2007, die sich auch um einzelne Positionen drehen, zu machen. Damit verbunden ist mein herzlicher Dank an ihn persönlich, an Herrn Schaal, Frau Zettler und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung, aber besonders der Stadtkämmerei im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung.

Ebenso danke ich an dieser Stelle allen Bürgerinnen und Bürgern, den Einwohnern unserer Stadt, den Gewerbetreibenden und allen Steuerzahlern für ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des städtischen Lebens in unserer Stadt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf nun Herrn Hähnle bitten, zu uns zu sprechen.